**14. Wahlperiode** 14. 11. 2001

## Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2001 Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im dritten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2001

Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 12. November 2001 – II A 2 – H 1221 – 31/01 –

Gemäß § 37 Abs. 4 BHO in Verbindung mit § 7 Abs. 3 HG 2001 übersende ich in Anlage die Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen im dritten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2001.

## Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im 3. Vierteljahr des Haushaltsjahres 2001

## 1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2001 TDM 3	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe TDM
<b>02 02 01</b> 532 01	Deutscher Bundestag  Deutscher Bundestag  Ausgaben für außeramtliche Übersetzungs- und Dolmetschertätigkeit	1.800	800
<b>05 05 02</b> 681 11	Auswärtiges Amt Allgemeine Bewilligungen Unterstützungen für zurückgekehrte arbeitslose Bedienstete internationaler Organisationen. Überbrückungsbeihilfen an zurückgekehrte arbeitslose Bedienstete internationaler Organisationen.	. · 150	75
<b>07 07 01</b> 531 02	Bundesministerium der Justiz Bundesministerium Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht Nutzungsentgelte für die öffentliche Wiedergabe urheberrechtlich geschützter Musikund Sprachwerke. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 31 Urheberrechtsgesetz.	19	. 11
<b>09 09 02</b> 683 50	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Allgemeine Bewilligungen Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen Erfüllung von Rechtsverpflichtungen gegenüber Banken (KfWlDtA) wegen höherer Ausfälle bei Risikobeteiligungen an Technologieunternehmen. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 24.August 2001 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.	88.000	105.000
10 02 636 56	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Allgemeine Bewilligungen Zuschüsse zur Zusatzaltersversorgung für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirt-		
000 00	schaft	23.500	1.000
<b>10 04</b> 683 31 apl	Marktordnung, Maßnahmen der Notfallvorsorge Beihilfe für die Flächenstilllegung gemäß Flächen-Stilllegungsgesetz 1991 Nachzahlung einer Prämie auf Grund eines Gerichtsurteils. Die außerplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 4 Flächen-Stilllegungsgesetz 1991.	-	108
11 11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Bundesministerium		
543 02 apl	Veröffentlichung und Dokumentation zum Altersvermögensgesetz		5.000
<b>11 07</b> 812 31	Bundesversicherungsamt Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen Infolge eines Diebstahls notwendige Ersatzbeschaffung von Laptops.	126	25
<b>11 09</b> 684 02	Förderung der Eingliederung und Rückeingliederung ausländischer Arbeitnehmer Koordinierungs- und Sondermaßnahmen	57.000	9.606

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2001 TDM	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe TDM
<b>11 13</b> 636 28 apl	Sozialversicherung Erstattung von Aufwendungen der PDS, die ihr als Versorgungsträger auf Grund der Überführung des Zusatzversorgungssystems für hauptamtliche Mitarbeiter der SED/PDS in die RV entstehen Erstattung der der PDS als Versorgungsträger entstehenden Aufwendungen. Die	-	492
12	außerplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.  Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen		
<b>12 22</b> 831 01 apl	Eisenbahnen des Bundes Erwerb von Anteilen an der Vivico Estate GmbH.  5,01 v.H. Bundesbeteiligung an der Vivico Real Estate GmbH.	-	501
<b>12 25</b> 622 04 apl	Wohnungswesen und Städtebau Zuweisungen zur Verbilligung von Zinskosten für den in den Erläuterungen genannten Personenkreis Zinszuschüsse. Die außerplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem Zinsanpassungsgesetz vom 24. Juni 1991.	-	6
<b>12 26</b> 526 44	Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn Planungskosten für Baumaßnahmen im Parlamentsviertel Unterbrechungsfreie Fortführung der Baumaßnahmen des Deutschen Bundestages im Parlamentsviertel in Berlin. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.	27.015	10.000
734 01	Ehemaliger Palast der Republik	16.370	10.000
14 14 03 553 81	Bundesministerium der Verteidigung Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten Erhaltung von Wehrmaterial	174.500	163.100
<b>14 04</b> 681 01	Bundeswehrverwaltung und Rechtspflege sowie Personalausgaben für das Zivilpersonal bei den Kommandobehörden, Truppen usw. Studienbeihilfen an Nachwuchskräfte für den Bereich der Bundeswehrverwaltung Erhöhung der Fördersätze für Studienbeihilfen. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.	260	100
<b>14 12</b> 883 01	Unterbringung Erschließungsbeiträge Kostenbescheide von Gemeinden über Erschließungsbeiträge/Anliegerkosten. Die Ausgaben dienen der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen.	1.000	1.952
<b>14 22</b> 545 01	Bewilligungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen Erhöhung der Anzahl der Konferenzen, Tagungen, Messen und Ausstellungen nach Umgliederung durch die NATO.	600	150
<b>15 15 02</b> 632 01	Bundesministerium für Gesundheit Allgemeine Bewilligungen Bundesanteil zur Entschädigung von Hepatitis-C-Opfern der ehemaligen DDR Einmalzahlungen gemäß § 3 Abs.3 Anti-D-Hilfegesetz. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.	3.300	1.180
636 02 ·	Erstattung der Aufwendungen für Leistungen der Krankenkassen an Aussiedler und ehemalige politische Häftlinge	10.000	3.300

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2001 TDM 3	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe TDM
15 05	Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information		
684 01	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	5	1
	Beitragserhöhung beim International Network of Agencies for Health Technology Assessment infolge Wechselkursänderung. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.		•
<b>15 06</b> 712 02	Paul-Ehrlich-Institut Neubau eines Institutsgebäudes (Haus IV)	1.740	2.204
	Fertigstellung des Institutsgebäudes Haus IV. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung.	1.740	2.204
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung		
<b>23 02</b> 836 07	Allgemeine Bewilligungen Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und an dessen Sonderprogramm für Subsahara-Afrika	16.303	1.417
	Leistungen für IFAD IV aufgrund gegenüber der Planung erhöhter Abrufe.Die Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung,die auf der völkerrechtlich verbindlichen Beitragsurkunde zur 4.Auffüllung des IFAD vom 12.Juni 1997 beruht.		
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung		
<b>30 01</b> 539 99	Bundesministerium Vermischte Verwaltungsausgaben	160	1.000
•	Ausgaben zur Deckung der Kosten für die Vor-HUBau-Phase der Sanierungsmaß- nahmen an den Dienstgebäuden des BMBF.		
60	Allgemeine Finanzverwaltung		
<b>60 02</b> 540 01	Allgemeine Bewilligungen Prägekosten, Metallbeschaffungskosten, Kosten für den Vertrieb von Sammlermünzen, die Unterhaltung des Münzumlaufs und die Bekämpfung der Falschmünzerei	1.750.000	800.000
	Rücknahme von DM-Münzen. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf §§ 9 und 10 des Gesetzes über die Ausprägung von Scheidemünzen. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Oktober 2001 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
<b>60 03</b> 632 01	Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit Zahlungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	91.000	19.900
	Zahlungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitationsgesetz aufgrund höherer Fall- zahlen in 2001. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsver- pflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 24.Juli 2001 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		•

## 2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen

Einzel- plan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung	Ansatz laut Haushalts- plan 2001 TDM	bewilligte über-/außer- planmäßige Verpflichtungs- ermächtigungen TDM
11	2	3	4
06	Bundesministerium des Innern		
06 01	Bundesministerium		
518 01 apl	Mieten und Pachten	-	18 612
	Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig: im Haushaltsjahr 2003 bis zu:		
,	Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 24. August 2001 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.		
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen		
12 03	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes - Bundeswasser- straßen		
731 61	Maßnahmen an der Nordsee	3 000	5 800
	Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig: im Haushaltsjahr 2002 bis zu: 1 800 TDM im Haushaltsjahr 2003 bis zu: 2 800 TDM im Haushaltsjahr 2004 bis zu: 1 200 TDM		
	Grundinstandsetzung von Anlagen im Schutz- und Sicherheitshafen Helgoland.		
19	Bundesverfassungsgericht	•	
19 01	Bundesverfassungsgericht		
711 01 apl	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	-	600
	Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig: im Haushaltsjahr 2002 bis zu: 600 TDM		

Auftragsvergabe zur Bereitstellung mobiler Raumsysteme zur vorübergehenden Unterbringung zusätzlichen Personals insbesondere auch im Zusammenhang mit dem beim Gericht anhängigen NPD-Verbotsantragsverfahren.

